

argomenti umani 12 (2010), S. 61-73.

Corriere della Sera 2012: Grillo attacca i sindacati, 22.12.12.

Crouch, Collin 2004: *Post-Democracy*. Oxford.

Esping-Andersen, Gosta 1990: *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton.

Gallino, Luciano 2011: *La lotta di classe dopo la lotta di classe*. Bari.

Giannuli, Aldo Sabino 2012: *Il movimento a cinque stelle cd il punto di confusion. one/*, 6.5.12 (Zugriff: 13.10.12).  
<http://www.aldogiannuli.it/2012/05/il-movimento-5-stelle-e-punto-di-confusion/>

Gramsci, Antonio 1971: *Selections from the Prison Notebooks*. London.

Halimi, Serge 2004: *Le Grand Bond en arrière*. Paris.

Inglehart, Ronald 1987: *Value change in industrial societies*. In: *American Political Sciences Review* 81 (4), S. 1289-1319.

La Repubblica 2007: *Grillo: »I rom sono una bomba a tempo. Sconsacrati dai politici i confini della Patria«*, 5.10.07.

Salvadori, Michele 2009: *Democrazia senza democrazia*. Rom, Bari.

Serinet, Richard 1998: *The Corrosion of Character. The Personal Consequences of Work in the New Capitalism*. New York.

Taggart, Paul 2002: *Il populismo*. Troina.

Frank Eckardt

## Verhärtung der Ausschlüsse Die Niederlande in der Krise

Die Niederlande galten einst als Beispiel dafür, wie man trotz wirtschaftlicher Globalisierung einen Wohlfahrtsstaat aufrechterhalten und eine multikulturelle Gesellschaft tolerant gestalten kann. Bis zum komethaften Aufstieg des Rechtspopulisten Pim Fortuyn (Veer 2006) und seiner Ermordung im Jahr 2001 schien das Land die Quadratur des Kreises gefunden zu haben. Dann folgte ein Jahrzehnt der politischen und moralischen Instabilität mit einem schier unendlich wachsenden Rechtspopulismus, der bis zu den letzten Parlamentswahlen unaufhaltsam und das Regierungsgeschehen und die öffentliche Debatte zu dominieren schien. Mit den letzten Wahlen im September 2012 scheint der Spuk vorläufig ein Ende zu haben, einigten sich doch Rechtsliberale (VVD) und die sozialdemokratische Arbeitspartei (PvdA) auf eine Koalition.

Und doch ist der rechtspopulistische Spuk nur oberflächlich betrachtet vorbei. So soll im Folgenden dargestellt werden, dass – und wie – die niederländische Wahrnehmung der Euro-Krise, das eigene nationale Selbstverständnis und die damit einhergehenden Ausschlüsse von Minderheiten, insbesondere MuslimInnen, tiefgreifende Einflüsse auf die niederländische Politik und Gesellschaft haben. Hierbei ist die leitende These, dass der zu beobachtende Rechtsruck der Niederlande seit dem Jahr 2001 als eine Folge veränderter, »flexibler« und damit prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen anzusehen ist.

Der Artikel greift dabei eine umgangssprachliche Deutung dieser Veränderungen auf, die von einer Verhärtung der Beziehungen zwischen den Menschen im Allgemeinen ausgeht. Dieser Diskurs ist in den Niederlanden weit verbreitet und zielt keineswegs nur auf den engen Kern der PopulistInnen und ihrer AnhängerInnen. Mit dem Begriff der Verhärtung ist vielmehr ein umfassender gesellschaftlicher Paradigmenwechsel gemeint, der aus der Mitte der Gesellschaft schon seit den 1980er Jahren von den GewinnerInnen des Gesellschaftswandels, nämlich von der hochqualifizierten Mittelschicht und überproportional von rechtsliberalen WählerInnen, propagiert und in den 2000er Jahren von allen Schichten, auch den MigrantInnen, mitgetragen wurde. Die niederländische Kultur, die bis dahin durch einen ethischen Pragmatismus gekennzeichnet war, der vor allem in einer liberalen Drogen-, Sozialismus und Minderheitenpolitik zum Ausdruck kam und der als »Duldungspolitik« (»gedogdenbeleid«) weltweit einzigartig war, ist von einer allgemeinen, aber umfassenden Philosophie der Rigidität abgelöst worden. Im Unterschied zu

anderen populistischen Gesellschafts-Transformationen ist dies aus Sicht des Autors aber nicht mit einer extremen oder rechts- nationalistischen Ideologie verknüpft geschehen. Im Gegenteil, erst die deutliche Abgrenzung von recht-nationalen Klängen oder gar von Verklärungen der Zeit des Nationalsozialismus hat diesen Paradigmenwechsel eingeleitet (Eckardt 2003).

### Der Krisenvorlauf

Mit dem sowohl von der deutschen Sozialdemokratie als auch von Grünen und Konservativen gelobten »Poldermodell«<sup>1</sup> gelang es, die Niederlande global wettbewerbsfähig zu machen. Die damit einhergehende Flexibilisierung des Arbeitsmarkts war aufgrund der Abnahme der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit von der Bevölkerung toleriert worden. Auch die so genannte »lila« Koalition unter Führung der Sozialdemokratie und unter Beteiligung der Rechts- und Linkliberalen änderte deshalb an diesen durch Lohnverzicht und Prekarisierung des Arbeitsmarkts erzielten Wettbewerbseffekten nichts. Zum Credo des Poldermodells gehörte auch die fiskalpolitische Devise, wonach nur Gelder ausgegeben werden dürfen, die anderswo eingenommen werden. Austeritätspolitik und Globalisierung galten als Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik; eine deutliche Pro-Euro-Politik sowie eine weitgehende Europa-Integration wurden wiederum als notwendige Voraussetzungen hierfür gesehen. In dieser Hinsicht sind die Niederlande sogar »deutscher« als Deutschland selbst, da es die Maastricht-Kriterien wie kein anderes Land ernst genommen und tatsächlich auch realisiert hat.

Zweifelhohne hat sich diese Pro-Euro-Politik für die Niederlande insgesamt ökonomisch ausgezahlt. Das Land hat mit seiner Transit- und Dienstleistungswirtschaft vom positiven Urteil der globalen Wirtschafts- und FinanzmarktakteurInnen profitiert. Dies hat zu einer großen Immobiliennachfrage durch europaweit tätige Unternehmen geführt, was spektakuläre Bauvorhaben (wie etwa die »Maasvlakte 2« im Rotterdamer Hafen) zur Folge hatte. Ein nicht unerheblicher Nebeneffekt, der aber auch durch einen nach wie vor verhältnismäßig hohen Geburtenüberschuss demographisch verstärkt wird, war ein enormer Anstieg der Immobilienpreise. Durch Weiterverkauf des Wohneigentums erlebten große Teile der Bevölkerung in den 1990er und

1 Das Poldermodell hat es de facto nie als eine bewusst eingeleitete Politikveränderung im Sinne einer »Agenda 2010« gegeben. Teilweise wurde dieses Etikett von externen Beobachtern und ex post für einen Bündel von unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Reformen vergeben. Zumeist wird verkürzt auf den so genannten Vertrag von Wassenaar (1992) verwiesen, der die korporative Zusammenarbeit von Arbeitgeberseite, Gewerkschaften und einem unabhängigen Wirtschaftsrat fokussiert.

2000er Jahren einen sozialen Aufstieg, der die negativen Seiten des Poldermodells zu kompensieren schien.

Allerdings war das Poldermodell im Ergebnis eben nicht für alle Bevölkerungsteile segensreich. Dies manifestierte sich augenscheinlich auf dem Wohnungsmarkt und in den Großstädten. Wohneigentum hat in den Niederlanden einen hohen Stellenwert und gilt als Norm. Mietverhältnisse in einem privaten Wohnungssektor, wie er in Deutschland besteht, sind im Grunde unbekannt. Daher gibt es auf dem Wohnungsmarkt eine Zwei-Drittel-Gesellschaft: Ein Drittel der Bevölkerung ist auf sozialen Wohnungsbau angewiesen, der sich in den weniger bevorzugten Wohngebieten konzentriert. Nachgefragt werden diese Wohnungen von denjenigen, die die Schattenseiten der Restrukturierung der Arbeitswelt zu verkraften hatten – Schattenseiten wie etwa verhältnismäßig niedrige Löhne, Unsicherheit, Leiharbeit und höhere Abgaben.

Politisch machte sich diese gesellschaftliche Ungleichverteilung der Lebens- und Arbeitsmarktchancen durch eine Neuorganisation der Parteienlandschaft bemerkbar. Etwas vereinfachend kann man sagen, dass die Rechtsliberalen (VVD) als die Partei anzusehen sind, die – unter Frits Bolkestein – all jene vertritt, die von der neoliberalen Anpassungspolitik profitieren und es sich in ihren neuerworbenen Eigenheimen außerhalb der ungeliebten Großstädte gemütlich machen wollen. Beispielsgebend dafür sind frühe lokale Mehrheiten in Satellitenstädten wie Almere, von denen aus man in die Büros der Amsterdamer Südstadt pendelt.

### Die Euro-Krise

Die Rechtsliberalen haben allerdings eine ambivalente Haltung zu Europa bzw. den Institutionen der Europäischen Union (EU), die sie bei Privatisierungen und Flexibilisierungen von jeher als zu wenig »konsequent« ansehen. In diese Logik gehört auch eine »strenge« rechtsliberale Sozialpolitik, die dem Fördern und Fordern der deutschen Agenda 2010 sehr ähnlich ist. Mit einer europakritischen Haltung kann die VVD bis heute jene Wählergruppen an sich binden, die aktuell die Ursache der vermeintlichen Überschildung südeuropäischer Staaten in einer Kuschepolitik »Brüssels« sehen, das diesen Ländern in den Jahren seit der Euro-Einführung zu viel durchgehen gelassen habe. Aus rechtsliberaler Sicht sollten Länder wie Griechenland nicht Wohltaten auf Kosten anderer – sprich: auf Kosten der Niederlande – verteilen dürfen. Dessen ungeachtet hat sich Ministerpräsident Mark Rutte (VVD) vehement für den Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone eingesetzt, wobei er allerdings nur an das niederländische Eigeninteresse appelliert, wonach für



die Niederlande andere Lösungen wirtschaftlich ungünstiger ausfallen würden. Wie die deutsche Bundesregierung auch, stellte er sich 2012 zunächst gegen ein weiteres Hilfspaket für Athen.

Aus Sicht des Populisten Geert Wilders, der von 2010 bis 2012 eine Minderheitsregierung der Rechtsliberalen tolerierte und durch das Entziehen seiner Unterstützung für den Staatshaushalt 2012 schließlich Neuwahlen erzwang, hat Rutte schon viel zu viel für »die Griechen« bezahlt: »Rutte hat die Sichtweise eines Straußvogel, das Rückgrat einer Muschel und die Verlässlichkeit von Pinocchio«, sagte er in der dritten Fernsehdebatte vor den Wahlen. Wilders strebt den Austritt der Niederlande aus der EU an. Sein Kalkül, dass er nun mit seiner Radikalopposition gegen die EU-Mitgliedschaft in Zeiten der Euro-Krise die Mehrheit der Stimmen erreichen würde, schlug aber fehl.

Europakritisch hat auch die linke Sozialistische Partij (SP) auf die Euro-Krise reagiert. Sie blies aber nicht in das gleiche »Raus-aus-der-EU«-Horn, sondern forderte eine radikal andere, nämlich nicht-neoliberale Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik in Europa ein. Nach dem Verkünden der Neuwahlen sah es lange so aus, als ob die SP mit einer linken Fundamentalkritik jenseits der sozialdemokratischen PvdA stärkste Kraft im Land werden könnte. Sogar ein sozialistischer Ministerpräsident schien erstmals möglich.

Doch weder für die SP noch für Wilders ging die Rechnung am Ende auf. Die WählerInnen entschieden sich für eine gemäßigte und Stabilität versprechende Politik. Zugewinne erzielten vor allem die Rechtsliberalen und die Sozialdemokratie. Ende Oktober 2012 einigten sich diese beiden Parteien auf die Bildung einer neuen Regierung.

### Strategische Normalität

Nach gut einem Jahrzehnt der überpolitisierten und verhärteten öffentlichen Diskussionen kam es in den Niederlanden also paradoxerweise zu einer strategischen Normalisierung inmitten einer europaweiten, tiefgreifenden ökonomischen Krise. Damit sind die Niederlande keineswegs eine Ausnahme. Die NiederländerInnen reagieren offensichtlich nicht mit rechtsnationaler Ideologie auf die europäische Krise, und auch nicht mit einer extrem-nationalistischen Ideologie, für die die Wilders-Partei stehen würde.

Ähnliches zeigte sich schon anhand der Debatte um die Rettungspakete. Auch sie war nicht von einem extremen Nationalismus geprägt, allerdings durchaus von einem vielleicht nationalistischen Wohlstandschauvinismus motiviert. Eine Stimmungsmache, wie sie von der CSU und manchen anderen politischen AkteurenInnen in Deutschland betrieben wurde (etwa dass die Griechen zulange Urlaub machten oder ähnliches), hat es in den Niederlanden

allerdings so nicht gegeben. Und auch in den Medien haben vor allem die Zweifel an den Möglichkeiten des europäischen Krisenmanagements vorgeherrscht. In den Niederlanden ist man von den Stabilitätskriterien des Euros immer überzeugt gewesen. Die Misere Griechenlands wird dementsprechend als Folge von zu viel Toleranz gegenüber Abweichungen von den Stabilitätskriterien gesehen (Abweichungen, die es lange auch durch Deutschland gab und für das man auch Deutschland kritisierte).

In den ersten 2000er Jahren hätte es in einer ähnlichen Krisensituation möglicherweise noch einen politischen Diskurs gegeben, der auch auf nationalistische Ideologiefragmente zurückgreift. Hier hätten Personen wie Pim Fortuyn oder der Christdemokrat Jan Peter Balkenende, der sich vergeblich um eine öffentliche Debatte um das Thema der nationalen Identität bemühte, einen solchen Ton angeschlagen. Mit Ministerpräsident Rutte kehrte man allerdings zum holländischen Pragmatismus zurück.

Dies ist nun aber ein Pragmatismus, dem jede Vision eines vermeintlich progressiven Poldermodells fehlt. Er betont vielmehr in calvinistisch-puristischer Tradition Leistung und Härte einerseits – dies ist das Profil der Rechtsliberalen. Andererseits nimmt er mit wohlmeinender Intention bestimmte neoliberaler Reformen zurück. Für letzteres steht die PvdA mit ihrem neuen Vorsitzenden Diederik Samsom. Dieser neuformulierte Pragmatismus impliziert eine bequeme Haltung zum Thema Europa: Man räumt ganz ostentativ ein, keine Ahnung zu haben, wie es »da« weiter gehen solle. Brüssel und Athen werden in weite Ferne gerückt. Die Große Koalition repräsentiert damit das fundamentale Desinteresse der WählerInnen, die in Umfragen das Thema »Europa« regelmäßig als nicht wichtig bezeichnen.

Die neue niederländische Normalität zeichnet sich also nicht durch einen rechten Nationalismus, sondern vielmehr durch einen relativ ratlosen Nationalismus aus. Die WählerInnen haben aus den zwei Jahren der Duldung einer Regierung durch Geert Wilders gelernt, dass notwendige Reformen letztlich nicht stattfinden und der Dauer-Hass gegen den Islam sowie gegen EinwanderInnen politisch nur heiße Luft bedeuten. Die Aufforderung zum Kürzen öffentlicher Ausgaben und zur Einhaltung der von Brüssel vorgegebenen Kriterien werden akzeptiert, allerdings will man jetzt wissen, wie dies vorgehen soll. Was die Eigenheim-BesitzerInnen der Vorstädte umtreibt, sind nicht die segregiert lebenden »Kopftuch-Trägerinnen«, sondern etwa die Pläne, die Steuerrückerstattung von Hypothekenzinsen zu verringern, um das Haushaltsdefizit abzubauen.

In der Parlamentsdebatte über die Euro-Krise hat eine breite Koalition aus Rechts- und Linksliberalen, Christ- und Sozialdemokraten demonstrativ Eigenigkeit gezeigt und alle europäischen Kürzungs- und Austeritätsmaßnahmen jeweils unterstützt. Die Begründung lautete dabei, dass starke Länder schwa-

chen helfen sollten. Es fehlte aber auch nie der Hinweis, dass der EU-Beitrag der Niederlande eigentlich zu groß sei.

Die anfängliche Sympathie weiter Teile der Bevölkerung für die linke SP, die dann aber schließlich doch in Stimmen für die Sozialdemokratie umschlug, hat viel mit dem Image des Ex-Greenpeace-Aktivisten und neuen PvdA-Vorsitzenden Samson zu tun. Anders als sein Vorgänger Wouter Bos, der die Sozialdemokratie neoliberal reformieren wollte und damit die Stammwählerschaft der unteren Mittelschicht verschreckte, zeigte er sich – gern als Familienmensch fotografiert – ganz gezielt als an den Sorgen der »kleinen« Menschen interessiert. Im Ergebnis wollten viele NiederländerInnen, denen etwa die eigene Rente, die Schule der Kinder und das Gesundheitswesen sehr viel mehr Sorgen bereiten als die Hypothekenzahlungen der VVD-WählerInnen, die Kümmerer der Sozialdemokratie an der Macht sehen – und eben nicht die Sozialistische Partei mit ihrer durchaus als angemessen und richtig empfundenen Radikalkritik.

Anders aber als noch in den 1990er Jahren gibt es hierfür allerdings keine milieugebundene Unterstützung mehr, wie sie einst die »Versäulung« der Niederlanden ausmachte, bei der Religion, Wohnort, Lebensstil und politische Präferenz hochgradig übereinstimmten. Noch nie zuvor haben so viele NiederländerInnen strategisch abgestimmt und sich eine Normalität gewünscht. Eine Normalität allerdings, die es in dieser Krise so nicht geben kann. Schließlich werden die Niederlande nicht einfach so in eine externe Krise quasi hineingezogen, sondern diese Krise stellt die Architektur der niederländischen Gesellschaft grundlegend in Frage. Dies wird sich durch eine entdramatisierte politische Landschaft nicht ändern.

### Der fortgesetzte Populismus

Die große Ratlosigkeit, die in den Niederlanden angesichts der Euro-Krise herrscht, und ein fast resignatives Akzeptieren der vorgeblichen Implikate der Austeritätspolitik können als ein gesellschaftlicher Schutzmechanismus verstanden werden, der durch die Debatte über den angeblich gescheiterten Multikulturalismus eingetübt wurde. Das schon fast komethafte Aufkommen des Populisten Pim Fortuyn gründete vor allem auf dessen Fundamentalkritik am Diskriminierungsverbot und der damit einhergehenden angeblichen Zensur sowie der angeblichen Entfremdung der Eliten von der sozialen Wirklichkeit, über die man nicht offen sprechen dürfe. Damit war ein dreifacher Topos ineinander verwoben: »Gescheiterter Multikulturalismus«, »Elitentransformation« – wobei »Brüssel« als das Maximum der Fernsteuerung galt – und Medienscheitern. Die durchschlagende Kraft dessen kann aber nur

verstanden werden, wenn man die schleichenden Veränderungen in der niederländischen Gesellschaft der 1990er Jahre berücksichtigt (Leiprecht 2005).

Ganz offensichtlich war das Poldermodell ambivalent. Es machte einerseits die Rechtsliberalen mit ihrem neoliberalen Politikkonzept und ihrer im Prinzip wenig liberalen Integrationskonzeption ungläubwürdig. Andererseits konnte und wollte es nicht wahrnehmen, dass die sozialen Segregationslinien in den Städten sich nicht veränderten und die damit einhergehenden hohen Anteile von MigrantInnen an manchen Orten als bedrohlich empfunden wurden. Es entwickelte sich eine Diskussionskultur und Haltung, die die Normen der Leistungsgesellschaft nicht nur nicht in Frage stellte, sondern sie sogar einforderte. Das vermeintliche oder tatsächliche Nicht-Einlösen dieser Normen durch bestimmte Bevölkerungsgruppen diente zur zynischen, aggressiven und ausgrenzenden Konstruktion personifizierbarer Hassobjekte.

Fortuyn und seine Nachfolger (»Leefbaar Nederland«) haben diese Problemlagen in einer neuen, fragwürdigen Weise politisiert. Sie wollten sie nicht mit symbolischen Akten und konkretistischen Forderungen bearbeiten, was die parlamentarisch-demokratische Lösung gewesen wäre, sondern streben nach Auflösung und Beendigung der Problemlagen. Der Spannung zwischen einer demokratischen Problembearbeitung und einem auf autoritäre Problemlösungen setzenden Populismus konnten sich auch die demokratischen Parteien auf Dauer nicht widersetzen.

Die Regierungen des christdemokratischen Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende setzten nach der Ermordung Fortuyns im Jahr 2002 auf Prinzipienreiterei (»Wertedebatte«). Sie ermöglichte den Regierenden ein problemorientiertes Handeln, konnte aber nie die rechtspopulistische Aufregtheit einfangen. Der prinzipielle Unmut an der Demokratie wurde somit weitgehend kultiviert (Reuter 2011). Dies ermöglichte es Geert Wilders, seine Anti-Islam-Politik mit einer medialen Selbstinszenierung zu verbinden, die ihn quasi in die Rolle des Schiedsrichters über die Politik versetzte, ihn aber zugleich außerhalb jeglicher Verantwortung stellte.

Zu betonen ist dabei, dass Geert Wilders als Vollblut-Rechtsliberaler und Ziehhind seines charismatischen Vorsitzenden Frits Bolkestein (Vossen 2011) einer etablierten politischen Richtung und Denktradition in den Niederlanden zuzuordnen ist. Im Gegensatz dazu hatte Pim Fortuyn eine eher »linke« Vergangenheit. Und im Gegensatz zu Fortuyn ist Wilders nicht so volksnah, wie er sich gerne sehen würde; er benötigt die Medien als Verstärker seiner Person. Schwankungen in seinem inhaltlichen Profil und eine mediale Dauerpräsenz konnten nicht kaschieren, dass Wilders keine ureigentliche Programmatik verfolgt, sondern vielmehr konservative, autoritäre und rechtsliberale Ideologeme vermischt. Diese Ideologeme finden sich durchaus auch bei anderen Polit-Persönlichkeiten, etwa bei der sich als radikale Islam-



Kritikerin gerierenden Ayaan Hirsi Ali, bei der zweiten, aber erfolglosen VVD-Rebellin Rita Verdonk und ansatzweise auch auf der Linken bei dem ehemaligen Amsterdamer PvdA-Bürgermeister Job Cohen sowie dem PvdA-Intellektuellen Paul Schaeffer (»Das multikulturelle Drama«).

### Der neue Rassismus

Fortuyn verleumdete den Anti-Rassismus, der als Konsens in den Niederlanden galt und Verfassungsnorm ist, als »verlogen«. Im Diskriminierungsverbot meinte er eine scheinheilige Political correctness zu erkennen. Beides fing offensichtlich bei vielen NiederländerInnen Feuer. Wie Wahlanalysen zeigten, gewann er vor allem in jenen Stadtteilen Rotterdams Zuspruch, deren BewohnerInnen einen Zuzug von ImmigrantInnen fürchteten, aber bis dahin noch keine überdurchschnittlich ethnisch gemischte Bevölkerung aufwies.

Die Selbstwahrnehmung als eine tolerante und multikulturelle Gesellschaft wurde insbesondere in Rotterdam als besonders widersprüchlich empfunden. Abhängt von der boomenden Ökonomie im Norden der Niederlande und ignoriert von der Regierung in Den Haag, waren große Teile der alten Arbeiter-Stadtteile über fast zwei Jahrzehnte zur Baustelle erklärt worden. Sie verkamen und wurden von den Ärmsten bezogen, also in der Regel von ImmigrantInnen (Eckardt 2001). Es koppelte sich vielerorts in den großen Städten, mit Ausnahme von Amstertdam und damit für die internationalen Beobachter weitgehend unbeobachtet, eine *weiße* Jugendszene (»Gabbers«) ab, die sich martialisch gab und deren Verbindungen zum Rechtsextremismus zunächst nicht hoffähig waren. Dies änderte sich mit dem sich etablierenden Rechtspopulismus. Wie die ethnographische Studie »Generation Lonsdale« (Homan 2006) deutlich zeigt, sind es eben diese Jugendliche am Rande der Gesellschaft, die nach dem Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh die Moscheen angesteckt und rassistische Anschläge begangen haben.

Schon in den 1980er Jahren war das tolerante Selbstbild der Niederlande in Frage gestellt worden. Damals aber ging die Kritik eher in eine linke Richtung: Kritisiert wurde, dass zwischen dem teilweise arrogant vorgetragenen Bild der anti-rassistischen Niederlanden auf der einen Seite und der Wirklichkeit auf der anderen Seite eine erhebliche Lücke klappte. Hervorzuheben waren und sind dabei jene Phänomene des Alltagsrassismus, die bis heute nicht wahrgenommen werden, die aber weitgehend die Kommunikationsverhältnisse zwischen allochthonen und autochthonen NiederländerInnen prägen (Essed 1990) und eine lange Zeit sehr restriktive Einwanderungspolitik bestimmten (Eckardt 1992).

Mit der aktuellen Krise und der bis Ende 2012 andauernden indirekten rechtspopulistischen Regierungsbeteiligung Geert Wilders' aber haben sich der Ton und die Diskussion derart verschärft, dass viele MigrantInnen in den Niederlanden keine zukünftige Heimat mehr sehen. Wie das Niederländische Statistikamt (CBS) feststellte, verlassen immer mehr ehemalige ImmigrantInnen die Niederlande. 35 Prozent sind nach sechs Jahren wieder ausgewandert. Wer anderswo eine Gelegenheit zu arbeiten und zu leben hat, geht sogar eher. So bleiben Menschen aus Marokko beispielsweise länger, während Menschen aus China schneller gehen. Dabei verlassen sie das Land aus eigener Kraft. In recht spektakulärer Form haben somalische Flüchtlinge vor wenigen Jahren die Niederlande verlassen. Zwei Drittel der ehemals 50.000 SomalierInnen leben nun in Großbritannien, wo sie sich bessere Lebenschancen erhoffen.

Dennoch formuliert Robbert van Lanschot, ein von seinem Minister gelobter Beamter und Botschafter, dass es besser wäre, wenn die Niederlande den Vereinten Nationen mitteilen, in den nächsten zehn Jahren Pause vom Asylrecht zu machen und keine Flüchtlinge mehr aufzunehmen. Geert Wilders fordert in gleichem Sinne, dass die Niederlande bei der EU eine Opt-Out-Ausnahme bei der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik anstreben sollten. Seinen paranoiden Vorschlag, die Regierung solle eine bewaffnete Sondereinheit gegen den Straßen-Terror einsetzen, hat man in allem Ernst breit diskutiert, dann aber abgelehnt. Integration (»Inburgering«) wurde zwar als Schlüssel für die gesellschaftliche Partizipation aller als Konsens in der Koalitionsvereinbarung formuliert, aber in der Praxis hat die von Wilders tolerierte Regierung eine aktive Politik der Ausbürgerung gemacht. Getrieben wurde sie dabei von den Hetzreden Wilders', in denen er MigrantInnen im Parlament drohte, wenn sie nicht an den seit 2007 eingeführten Integrationskursen teilnähmen, dann würden sie »nicht nur aus dem Bett, sondern auch aus dem Land« fliegen.

### Der bisherige Höhepunkt

Die Einbindung der Rechtspopulisten in die Regierung im Jahr 2010 war der bisherige Höhepunkt einer gesellschaftlichen Verhärtung, die bestehende gesellschaftliche Ausschlüsse nicht mehr der flexiblen und toleranten Verhandlung zwischen den Personen versucht zu überlassen, sondern durch autoritative Vorgaben und rigide Regellandhandhabung vertieft und die auf eine langanhaltende interne Krise der Gesellschaft folgte. Generiert wurde diese gesellschaftliche Krise durch eine chaotische Umgestaltung der politischen Kultur und durch eine Restrukturierung der Wirtschaft im Zeichen der Glo-

balisierung. Sie steht mit der externen Krise vor der europäischen Haustür in unmittelbarem Zusammenhang. Es resultierte aus der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise die bittere Erkenntnis, dass nicht nur die südeuropäischen Länder betroffen sind, sondern dass auch die Niederlande von globalen Finanzmärkten und von Überschuldung in ihrem Wohlstand bedroht werden. Diese Erkenntnis hatte keine heilende Wirkung im engeren Sinne, aber sie ernüchterte.

Dies lässt sich sehr unmittelbar an dem abnehmenden Ausmaß der sozialen Härten ablesen – und auch daran, dass man nun nach Kümmerern statt nach polarisierenden PolitikerInnen sucht. Der Rückgriff auf einen »Kulturnationalismus«, wie ihn etwa Joeri Boom immer wieder in der Zeitschrift »De Groene Amsterdammer« beschreibt und der durch den Versuch einer kulturellen Definition der Niederlande (etwa als christlich) die soziale Exklusion legitimieren soll, besteht allerdings weiterhin als eine psychologische Option und Reserve, um soziale und nationalistische Ausschlüsse öffentlich und im privaten Bereich zu begründen. Ohne Konsequenzen blieb beispielsweise, dass ein Amsterdamer Dezerent der sozialdemokratischen PvdA in beleidigender Weise öffentlich gegen MarokkanerInnen wetterte. Auch kann die Partei der Radikalkristen (SGP) Anti-Moscheen-Gesetzvorschläge in das Parlament einbringen und damit bei vielen – auch säkularen – NiederländerInnen punkten.

Das Jahr 2009 dürfte gleichwohl der bisherige Höhepunkt rassistischer Exzesse gewesen sein. Dies lässt sich in eingeschränktem Rahmen auch anhand geringfügig rückläufiger rassistischer Aktivitäten nachvollziehen. Der neunte Monitorbericht »Rassismus und Extremismus« der Anne-Frank-Stiftung berichtet, dass im Jahr 2011 aktuell die niedrigsten Zahlen zu rassistischen Vorfällen seit 2005 vorliegen. Dies könnte teilweise mit dem Verschwinden der »Lonsdale-Jugendlichen« aus dem öffentlichen Leben zu tun haben, dürfte teilweise allerdings auch auf »Underreporting« der Polizei zurückgehen (Tas/De Wit 2008). Die jährliche Umfrage des Rotterdamer Anti-Rassismus-Büros RADAR/ARIC kam 2011 zu dem Ergebnis, dass 16 Prozent der Befragten Rassismus erfahren hatten. Damit ist dieser Wert wieder so niedrig wie zuletzt im Jahr 2008, also vor der Krise und vor der von Wilders tolerierten Regierung.

Andererseits aber fand im Jahr 2011 ein Prozess gegen Geert Wilders statt, der beschuldigt wurde, zur Diskriminierung aufzurufen. Er wurde von den Richtern freigesprochen wurde, was von Rotterdamer AntirassistInnen als Beitrag zu einer weiteren gesellschaftlichen Polarisierung gesehen wurde.

## Quellenverzeichnis

- Eckardt, Frank 1992: *Isr alles Gold, was glänzt? Die Flüchtlingspolitik der Niederlande*. In: links 1 (1992), S. 8-10.
- Eckardt, Frank 2001: Rotterdam. Konturen einer globalisierten Stadt. Münster.
- Eckardt, Frank 2003: Pim Fortuyn und die Niederlande. Marburg.
- Essed, Philomena 1990: *Everyday Racism*. Newbury Park.
- Homan, Maaikje 2006: *Generatie Lonsdale. Extrem-rechte jongeren in Nederland na Fortuyn en van Gogh*. Antwerpen.
- Leiprecht, Rudolf 2005: *Populismus und Polarisierung in den Niederlanden*. In: *Migration und Soziale Arbeit* 27 (2), S. 141-152.
- Reuter, Gerd 2011: *Unmut zwischen Maas und Marschen. Rechtspopulisten in Belgien und den Niederlanden*. In: *Wielenga, Friso / Hartleb, Florian* (Hg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*. Münster, New York, München, Berlin, S. 55-75.
- Tas, Floris / De Wit, Wouter 2008: *Poldisreport 2008. Criminaliteitsbeeld discriminatie*. Apeldoorn, Nijmegen.
- Veer, Peter van der 2006: *Pim Fortuyn, Theo van Gogh, and the politics of tolerance*. In: *De Vries, Hent / Sullivan, Lawrence E.* (Hg.): *Political Theologies*. New York, S. 527-538.
- Vossen, Koen 2011: *Vom konservativen Liberalen zum Nationalpopulisten. Die ideologische Entwicklung von Geert Wilders*. In: *Wielenga, Friso / Hartleb, Florian* (Hg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*. Münster, New York, München, Berlin, S. 77-103.